



Es gilt das gesprochene Wort

**Sperrfrist: 19.12.2024, Sitzungsende**

Bezirksrat Urban Mangold  
ÖDP

Rede anlässlich der Verabschiedung des Bezirkshaushalts 2025  
am Donnerstag, den 19. Dezember 2024

---

Vor einem Jahr, nach meiner letzten Haushaltsrede hat mich ein Zuhörer aus dem Auditorium angesprochen. Sehr überrascht, weil ich mich ausgesprochen milde mit dem Bezirkstagspräsidenten auseinandergesetzt habe. Na ja, habe ich gesagt, es war halt die erste Rede in der neuen Amtsperiode. Das kommt schon noch. Ganz bestimmt. Heute aber noch nicht. Denn es ist etwas passiert, wofür ich den Präsidenten loben möchte. Aber dazu komme ich später.

Zunächst vorweg: Dem Haushalt stimme ich zu. Wichtig ist für mich jedoch, dass die für mehrere Kreise sehr bedeutende Erweiterung des Bezirkskrankenhauses Passau nicht noch weiter auf die lange Bank geschoben wird. Wenn diese Gefahr angesichts des starken Abschmelzens der Rücklage besteht, muss das schon jetzt offen erklärt und ein Rettungsplan für diese Investition erdacht werden.

Vollkommen falsch finde ich aber, dass sich der Bezirkstagspräsident in öffentlichen Erklärungen an die Spitze eines familienpolitischen Streichkonzerts stellt und dieses aktiv einfordert und mit dem Bezirkshaushalt begründet.

Die Halbierung des Familien- und Pflegegeldes durch die Regierung Söder/Aiwanger ist ein großer Fehler. Notwendig ist vielmehr eine deutliche Erhöhung. Die Familien leisten, was die Öffentliche Hand wegen Personalmangel und Kostenexplosion längst überfordert.

Wenn die familiäre Sorgearbeit für pflegebedürftige Angehörige finanziell endlich besser honoriert werden würde, könnten Erwerbstätige ihren Familien leichter und ohne finanzielle Zwänge mehr Zeit schenken. Das würde wiederum die stationäre Pflege entlasten, die dann mit dem Betreuungsschlüssel arbeiten könnte, der ihrem Berufsethos entspricht.

Das gleiche gilt übrigens für die Betreuung der unter 3-Jährigen. Der dramatische Anstieg der Fallzahlen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie hat sicherlich viele Ursachen. Manche Probleme lassen sich aber leichter auffangen, wenn Familien mehr Zeit haben. Und dazu trägt ein Familiengeld bei.

Die Staatsregierung sollte besser bei überzogenen Straßenbaumaßnahmen sparen und nicht bei den Familien. Leider hat die CSU die Stärkung der Familien aufgegeben und über Bord geworfen. Ihr ist der wertkonservative Politikansatz offensichtlich abhandengekommen. Und nun kommt das Lob noch zum Schluss: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich meine wir brauchen eine "niederbayerische Brandmauer". Eine Brandmauer gegen die Pläne von Ministerpräsident Söder, ein Atomstrom-Importabkommen mit Tschechien abzuschließen. Der Bezirkstag sollte sich entschieden dagegen positionieren. Und dafür sehe ich gute Chancen, nachdem sich Bezirkstagspräsident Dr. Heinrich gegen Söders Atompläne ausgesprochen hat.

Der Bezirkstag sollte jetzt parteiübergreifend zum Wohle unserer Region handeln und sich hinter den Bezirkstagspräsidenten stellen. Söder bürdet Niederbayern und der Oberpfalz aus wahlkampfaktischen Gründen ein furchtbares Risiko auf. Der Bezirkstag darf das nicht achselzuckend hinnehmen. Einen entsprechenden Antrag habe ich bereits eingereicht. Er wird im neuen Jahr behandelt. Ich schlage vor, Herr Präsident, dass Sie damit nicht warten, bis die Bundestagswahl vorbei ist.

Wenn der Freistaat endlich die Bremserrolle beim Ausbau der Windkraft aufgibt, haben die tschechischen Atomausbaupläne keine Chance, weil der Absatz nach Bayern fehlt. Söder fordert mit seinem Atomstrom-Deal den grenznahen Ausbau der Risikotechnologie geradezu heraus und gefährdet damit die ostbayerische Bevölkerung und auch Bezirkseinrichtungen. Lassen Sie uns gemeinsam eine niederbayerische Brandmauer gegen diesen Wahnsinn errichten! Und wenn der Herr Bezirkstagspräsident diese Brandmauer an vorderster Stelle errichtet, dann gebe ich die Losung aus: Alle ihm nach!